

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erhalten Sie mit Ausnahme der Feiertage und Festtage nachmittags 4 Uhr für den folgenden Tag. Besondere bei Bedarfstellung monatlich 4 M., nach mehrer Monaten zu zahlen in der Stadt monatlich 4 M. 20 Pf., auf dem Lande 4 M. 50 Pf., bei Post bezug monatlich 12 M. 50 Pf. mit Zulagegebühr. Alle Postämter und Postboten sowie unsere Adressen und Geschäftsstelle nehmen ebenfalls Bestellungen entgegen. Im Falle späterer Abreise, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe der Bezugsgebühren.



Zustellort: 1 M. für die Anstalt ohne Porto oder deren Raum, Lokalteil 20 Pf., Postkonto 200 M. Bei Veränderung der Anstalt oder anderer Verhältnisse, Besondere in anderer Zeit für von Zeitungen die Zustellung kosten 2 M. Anstalt ohne Porto 20 Pf., Postkonto 200 M. Bei Veränderung der Anstalt oder anderer Verhältnisse, Besondere in anderer Zeit für von Zeitungen die Zustellung kosten 2 M. Anstalt ohne Porto 20 Pf., Postkonto 200 M.

Ercheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorand. Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Nr. 23.

Freitag den 28. Januar 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * In einer Unterredung sprach sich Außenminister Dr. Simons über die Maßnahmen der Reichsregierung und der Interalliierten Kommission zur Sicherung einer ruhigen Abwicklung in Oberschlesien aus.
- * Der Mecklenburg-Schwerinsche Landtag beschloß gemäß dem Antrag der Deutschnationalen Auflösung des Hauses und Ausschreibung von Neuwahlen für den 13. März.
- * Das noch ausstehende Mandat zum sippischen Landtag haben die Mehrheitsfraktionen bekommen, so daß diese Partei 3 Mandate gegen 11 im alten sippischen Landtag besitz.
- * Der dritte Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ soll in den nächsten Tagen im Ausland entgegen allen Abmachungen erscheinen.
- * In einem Brief an den Kardinal-Staatssekretär Gaspari fordert der Papst Hilfe für das bedrängte Österreich.
- * Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat die Entente alle türkischen Zölle mit Beschlag belegt.
- * Zwischen Amerika und Japan ist über die kalifornischen Fremdenarbeit eine Verständigung erzielt worden.

Reden, nichts als Reden...

Am zweiten Tage der Pariser Konferenz schon hört man davon sprechen, daß im nächsten Monat abermals eine Zusammenkunft der leitenden Staatsmänner der Entente nötig sein werde, um die Bearbeitung der orientalischen Frage nun endlich ernsthaft in Angriff zu nehmen. Für Beschäftigung und Unterhaltung der hohen Herren aus Paris und London und ihrer gesamten europäischen und nichteuropäischen Schutzbesoldeten ist also ausreichend gesorgt, für dieses und wohl auch noch für viele folgende Jahre. Wie lange aber noch die allgemeine Öffentlichkeit an diesem ebenso geräuschvollen wie ergebnislosen Schemen lebhafter Anteil nehmen wird, ist eine andere Frage. Verdriest sich doch hinter ihm nichts anderes als die immer deutlicher hervortretende Ohnmacht der neuen Schiedsrichter der Völker, die sich bemessen, der Welt ein neues Gesetz geben zu wollen, als wäre sie so, wie sie bis zum Kriege war und wie sie im Grunde auch heute noch ist, das Produkt irgendwelcher Willkür und nicht das Kind einer naturnotwendigen Entwicklung gewesen. Im Willen zur Zerstückung waren die herrschenden Herrschaften noch einigermassen einig, aber jetzt, wo die Folgen dieser Art von Kriegsende immer erschreckender zutage kommen, gebärden sie sich wie hilflose Geister auf dem Dache. Sie reden, sie reden und sie reden immer wieder, aber keiner weiß im Grunde, was gesprochen soll.

Die Entwaffnung Deutschlands spielt auf der Pariser Konferenz bei weitem nicht die große Rolle, wie wir uns das hier vorgefickt haben, weil die Franzosen uns diese Einbildung durchaus beibringen wollten. Ihre Generale marschierten freilich mit dem ganzen Ritzzeug ihrer Spionagetätigkeit auf, um den Eindruck zu erwecken, als wären sie tief innerlich davon überzeugt, daß man uns nun endlich gehörig auf den Leib rücken müsse. Wenn man dann aber sieht, daß ganze 450 Schwere Geschütze, die bei uns irgendwo vorhanden oder verborgen sein sollen, ihnen angeblich den Schlaf der Rache stören, so läßt sich begreifen, daß Lloyd George über solche Albernheiten mit einer leichten Handbewegung hinweggeht. Man wird Herrn Briand mit neuen Frischfleischwagen für die Entwaffnung beruhigen, und damit wird sich die liebe Seele hoffentlich bis auf weiteres zufrieden geben. Dafür war der britische Ministerpräsident nun so ungnädiger, als am zweiten Verhandlungstage, bei der Behandlung der österreichischen Finanz- und Wirtschaftsnote, der Versuch gemacht wurde, den unglücklichen Kleinstaat an der Donau von der Schuld für die Katastrophe, in die er geraten ist, reinzuwaschen. Der italienische Delegierte, Graf Sforza, war es, der die Anschauung vertrat, die Alliierten hätten in der Hauptsache selber die gegenwärtige zerrüttete Lage des österreichischen Staates verschuldet. Ah nein, erwiderte darauf Lloyd George, nicht die Krüge, die einen Soldaten verletzten, sei schuld an dieser Gesundheitszerstörung, sondern der Soldat, der in den Krieg gezogen sei. Wo was tun? Man will die Militärkommission, die in Wien doch auch wirklich nichts mehr zu suchen hat, „in einigen Wochen“ auflösen und den Umfang der Wiederherstellungskommission erheblich einschränken. Außerdem ist natürlich wieder eine Kommission eingesetzt worden, die weitere Vorschläge machen soll. Kann man für einen todkranken Patienten besser sorgen? Aber wie gesagt, kritisieren und zerstreuen, darauf verlegt man sich allenthalben ganz gut; das Besser- und das Wiedergutmachen — damit aber hapert's gewaltig.

Und was wird nun eigentlich aus der Entschädigungsfrage? Um die Frage aller Fragen für die Franzosen, die ja selber nicht mehr wissen, wie und woher sie ihre finanziellen Bedürfnisse noch decken sollen? Von der ersten ist sie vorläufig schon an die dritte Stelle gerückt. Denn nach der Entwaffnung und der österreichischen Finanznote soll erst noch die schlesische Frage behandelt werden, und Lloyd George will, wie seine Umgebung mit gar nicht unwahrscheinlicher Betonung verbreitelt, schon am Freitag wieder zu Hause sein. Er soll überdies die Absicht haben, die Entschädigungsfrage mehr von englischen, als von französischen Standpunkte aus zu behandeln. So soll sie ihm den Vorwand bieten, nach Beschäftigung für seine schon nach vielen Hunderttausenden abtötenden erwerbslosen

Arbeiter beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Umschau zu halten, was dieses schon an sich nicht gerade einfache Problem noch weiterhin sehr erschweren muß. Aber warum sollen die Engländer nicht auch bei dieser Frage an sich selbst denken? Und wenn die Franzosen Schwierigkeiten machen sollten, so werden sie eben auf andern Gebieten — man braucht nur an die Interessengegenstände im nahen Orient zu denken — Zugeständnisse machen müssen, denn ohne Konzessionen auch den besten Freunden gegenüber, sind heutzutage einträgliche Geschäfte nicht zu machen. Mit andern Worten also: der schöne Schwung französischer Kammerreden wird vor dem nächsten Geschäftstage britischer Praktiker etwas zurückweichen müssen. Wie weit, das entscheidet sich nach dem größeren oder geringeren Verhandlungsergebnis, das man am grünen Konferenzstisch zu entfallen vermag.

Das Ende aller Dinge ist mit der Pariser Konferenz noch lange nicht gekommen. Die Zeit ist der geduldigste aller Ärzte. Sie wird helfen auch manche deutsche Wunde zu heilen, an der wir uns schon zu verbluten glauben.

Die Stellung der deutschen Regierung.

Zustimmung zu den 5 Jahreszahlungen.

Wie eine halbamtliche Veröffentlichung sagt, ließ sich der Reichszentralrat vom Reichsminister des Außeren und vom Reichsfinanzminister eingehend über die Frage der Wiedergutmachungsverhandlungen unterrichten. Es bestand Übereinstimmung in folgender Beurteilung des Sachverhältnisses und der Stellungnahme der deutschen Regierung:

Rach wie vor ist es ein dringendes Interesse Deutschlands, die Höhe seiner Reparationsschuld so bald als möglich kennen zu lernen. Es hat ein vertragmäßiges Recht darauf, daß ihm diese Kenntnis bis zum 1. Mai 1921 verschafft wird. Andererseits erkennt Deutschland an, daß zurzeit die Festsetzung der Schuldsumme technisch und eine Verständigung über die Festsetzung psychologisch schwierig wäre. Die deutsche Regierung würde daher bereit sein, auf die Einhaltung der Frist zu verzichten, wenn es ihr gelänge, sich mit den Alliierten über Teilleistungen Deutschlands während der nächsten fünf Jahre zu verständigen. In diesem Sinne hat sie den Plan der fünf Jahreszahlungen als Ausgangspunkt der weiteren Verhandlungen angenommen. Die deutsche Regierung verlangt nun, daß bei den Verhandlungen über diesen Plan die zahlenmäßige Höhe der Jahresleistungen einwilligen vorgehalten bleibt, und daß zunächst die Methode der Sachleistung, ihre Bewertung und die für die Bemessung von Deutschlands Leistungsfähigkeit maßgebenden, in Brüssel näher bezeichneten Umstände erörtert werden, und daß über die Höhe der Gesamtsumme auch beim Zustandekommen der Vereinbarung über die Jahreszahlungen nicht etwa erst nach Ablauf der fünf Jahre, sondern sobald als möglich weiter verhandelt wird.

Dieses Verlangen ist von dem französischen Vorschlag in Berlin bei seiner entscheidenden Besprechung mit dem deutschen Außenminister als berechtigt anerkannt worden. Es bildet also die Grundlage der weiteren Verhandlungen.

Ohne ein Entgegenkommen der Alliierten auf dem von der deutschen Delegation in Brüssel bezeichneten Gebiete könnte die deutsche Regierung die Annahme der fünf Jahresleistungen, die ein großes Entgegenkommen ihrerseits darstellt, nicht verantworten. Die Brüsseler Sachverständigenbesprechungen sind noch nicht zu Ende geführt.

Erregung im Ruhrrevier.

Drohende Lohnkämpfe.

Unter der Mehrzahl der Vergarbeiter im Ruhrrevier herrscht augenblicklich eine große Erregung gegen den Reichsernährungsminister, da dieser die Preise für die den Vergarbeitern auf Grund des Epa-Abkommens zustehenden Mehrmengen erhöht hat. Dies ist notwendig geworden, weil allein die erhöhte Proimenge eine Mehrausgabe von 400 Millionen Mark erforderlich hat. Die rabiaten Führer wollen die Leitung der Vergarbeiterorganisation in die Hand nehmen und die Vergarbeiter dazu bringen, das Arbeitsabkommen und die Tarife zum 1. März zu kündigen. Die angekündigten Lohnforderungen sind derart beträchtlich, daß man sie voraussichtlich nicht wird bewilligen können.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Neue Ernährungsministerkonferenz.
Am 22. Februar werden die Ernährungsminister der Einzelstaaten eine neue Konferenz über das fünfjährige System der Getreideverfassung und über die Gestaltung des Getreidepreises abhalten. Diese Konferenz wird nach München einberufen werden. Zurzeit schwelben im Reichsernährungsministerium noch Erwägungen über die der Konferenz zu erstattenden Vorschläge, in welcher Weise die nächste Ernte erfüllt werden soll. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Daher sind auch die von anderer Seite verbreiteten Meldungen, daß das Reichsernährungsministerium sich entschlossen habe, eine Erhöhung der gegenwärtig geltenden Getreidemindestpreise um rund 600 bis 700 M.

vorzuschlagen, unzutreffend. Die Konferenz der Ernährungsminister der Länder, die vor kurzem in Dresden abgehalten worden ist, hat ausdrücklich von der Festsetzung von Mindestpreisen für die nächste Ernte abgesehen, weil zuerst das System der Getreideverfassung im kommenden Erntejahr bestimmt werden soll. Das wird, wie gesagt, erst Ende Februar geschehen.

Beförderungen auf Befehl der Entente

Die sächsische Landesverwalter, das aeronautische Institut zu Lindeberg und die geophysischen Anstalten in Leipzig und Frankfurt a. M. hatten die Interalliierte Kommission gebeten, Entfernungsmesser aus den Kriegsbefänden ihnen für wissenschaftliche Zwecke zu überlassen. Die Interalliierte Kommission hat die Bitte abgelehnt — und die Zerstückung der wertvollen Instrumente angeordnet.

Bayern und die Reichsgründung

Bei Wiedereröffnung des bayerischen Landtages hielt vor Eintritt in die Tagesordnung Präsident Königsbauer anlässlich des 50jährigen Bestehens des Deutschen Reiches eine Ansprache, während welcher die Kommunisten und die Abgeordneten der U. S. V. den Saal verließen. Der Präsident gedachte insbesondere der geknechteten Brüder im besetzten Gebiet und in Oberschlesien, die auf den Tag drängen, an welchem sie ihr Deutschtum befehlen können. Lenin's deutsche Missionen.

Der kommunistische Abgeordnete Düffel hat an die Reichsregierung die Anfrage gerichtet, was sie zur Nachprüfung der Behauptung Eduard Bernsteins zu tun gedenke, der erklärt hat, daß im Jahre 1917 Lenin und Genossen für ihre Aktion in Rußland große Summen aus Mitteln des kaiserlichen Deutschland empfangen hätten. In dieser Angelegenheit veröffentlicht der Vorwärts ein ihm aus Paris zugegangenes Telegramm Kerenkows, in dem dieser erklärt, er begreife die mutige Darlegung Bernsteins über die Beziehungen zwischen den Bolschewiki und dem kaiserlichen deutschen Generalsstab, er unterziehe mit aller Energie das Verlangen nach einer unparteiischen Untersuchung und erkläre sich bereit, vor einem Organ dieser Untersuchung anzusagen. Kerenkows schlägt vor, diesem Organ internationalen Charakter zu geben.

Rußland.

× Ermordung des ukrainischen Ministerpräsidenten. Nachrichten aus der Ukraine zufolge ist der ukrainische Sozialrevolutionär Wsewolod Holubowitsch, der zur Zeit des Abchlusses des Brest-Litowsker Friedensvertrages zwischen Deutschland und der Ukraine ukrainischer Ministerpräsident gewesen war, in Winniza von den Bolschewiki erschossen worden.

× Das sterbende Petersburg. Es wird berichtet, daß Petersburg jetzt nur noch 250 000 Einwohner habe. Der Mangel an Lebensmitteln ist viel größer als in Moskau. Von St. Petersburg abreisende Privatpersonen sind verpflichtet, Geiseln als Sicherheit für ihre Rückkehr zu stellen. Aber nichtbedeutend geringer nimmt die Zahl der Bevölkerung in St. Petersburg schnell ab.

Amerika.

× Verständigung mit Japan. Die Verhandlungen zwischen dem amerikanischen Votschafter Mauries und dem japanischen Votschafter Hodebara über die kalifornischen Fremdenangelegenheiten und die Feststellung der japanischen Rechte in den Vereinigten Staaten sind zu einem erfolgreichen Abschluß gelangt. Die Abmachungen bedürfen jedoch noch der Ratifizierung durch die beiden Regierungen.

Deutscher Reichstag.

(57. Sitzung.) CB. Berlin, 26. Januar.

Die Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums wurde heute fortgesetzt. Zweck sprach der Abg. Graf zu Dohna (D. Volksp.). Er verteidigte dem Justizminister, bei der Durchföhrung seines Programmes der vollen Unterstützung der deutschen Volkspartei und führte im Anschluß hieran aus: Auch wir würden es begrüßen, wenn in Bayern der Ausnahmezustand beseitigt werden könnte, aber es handelt sich um einen Rechtsnotstand, der außerordentliche Maßnahmen zum Schutze der Staatsautorität erfordert. Die schwierige Aufgabe der Verfolgung der Kriegsverbrecher wird vom Reichsgericht in vorbildlicher Weise gelöst. Wenn aber die Feinde trotzdem die Unparteilichkeit unserer höchsten Gerichte anzweifeln sollten, dann können sie sich selber berufen auf die Reden, die hier von der linken Seite gehalten worden sind. An die Stelle eines geistig und sittlich so hochstehenden Richterlandes wollen die Sozialdemokraten eine Art gewähltes Parlament setzen. Das bedeutet die Politisierung unserer Justiz. Das machen wir nicht mit. Wir lehnen es ab, den von den Sozialdemokraten konstruierten künstlichen Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft

anzuerkennen. (Geschrei auf der linken.) Der Abg. Dr. Wolke (M.-Soz.) rief dem Redner hier zu: „Spielen Sie doch nicht Komödie!“ Die deutsche Arbeiterschaft, so sagte der Redner weiter, will nicht in einen Topf geworfen werden mit den Arbeitern, die nur das Volk immer von neuem verbeugen. (Großer Lärm bei den Sozialdemokraten.) Wir bestritten, daß die Arbeiter vom Gericht schlechter behandelt werden als andere Leute. Wir lehnen das Sozialvertrauen ab. Die Zulassung von Frauen zum Richteramt kann nicht unter Berufung auf die Reichsverfassung geändert werden, sonst müssen die Frauen auch in die Reichswehr einberufen werden. Abg. Frau Dr. Albers (Dem.) wandte sich zuerst gegen die Beschwerden der äußersten Linken über Sozialisten. Mit